

Leverkusen, 26.01.2010

Situation für Leverkusener Bürgerschaft hat sich durch Polizeineugliederung verschlechtert

Drei Jahre ist es her, dass das Leverkusener Polizeipräsidium aufgelöst und die Zuständigkeit an das Kölner Polizeipräsidium übertragen wurde. Innenminister Wolff (FDP) versprach 2006 vollmundig, dass die operative Polizeiarbeit zum Vorteil des Bürgers verstärkt würde. Er versprach auch, dass nicht weniger Polizeibeamte in Leverkusen zur Verfügung stehen würden, sondern mehr.

Im Vorfeld der Zusammenlegung hatten sich viele Menschen, darunter zahlreiche erfahrene Polizeibeamte, in einem breiten Aktionsbündnis für den Erhalt des Leverkusener Polizeipräsidiums eingesetzt. Der Landesregierung wurden diese Bedenken ausführlich dargestellt, leider ohne Erfolg - trotz der über 47.000 Unterschriften gegen die Neugliederung.

Was ist nach drei Jahren eine erste Bilanz der Neugliederung?

Alle seinerzeitigen Befürchtungen haben sich bewahrheitet:

- im Rahmen der Zusammenlegung wurden viele Leverkusener Polizeibeamten in zentrale Dienststellen des Kölner Polizeipräsidiums abgezogen,
- Personal des Streifendienstes aus Leverkusen wurden zu Kriminalitätsbrennpunkte in Köln verteilt und müssen bei Großeinsätzen in Köln aushelfen (WM, Karneval und vieles mehr),
- untergeordnete Dienststellen, wie beispielsweise die für Verkehrsdelikte zuständigen Verkehrskommissariate und die für Leverkusen in der Vergangenheit äußerst erfolgreich arbeitenden Verkehrserzieher, wurden in Bensberg und Köln untergebracht,
- rund zwei Drittel aller ursprünglich in Leverkusen arbeitenden, ortskundigen Kriminalbeamten wurden in die Kölner Zentrale beordert,
- Delikte, die aus Sicht des Bürgers erhöhter polizeilicher Aufmerksamkeit bedürfen, werden nun von der Zentrale in Köln bearbeitet. Für Leverkusener Bürger bedeutet dies, dass sie wesentlich längere Wege in Kauf nehmen müssen, um zur zuständigen Dienststelle zu gelangen.

Fazit:

Jeden Tag versehen effektiv deutlich weniger operative Beamte in Leverkusen selbst Dienst als früher. Die Kriminalstatistik der letzten drei Jahre bestätigen die Befürchtungen aus dem Jahr 2006.

Für das Stadtgebiet Leverkusen ist bestenfalls eine Stagnation zu erkennen. Gerade die Statistik für das Jahr 2008 zeigte auch auf, dass im Stadtgebiet Leverkusen der Kriminalitätsrückgang im Verhältnis zum Landesdurchschnitt und besonders im Verhältnis zum Stadtgebiet Köln deutlich unterdurchschnittlich war. Im Bezug zum Landestrend und vor allem in Bezug auf den Kölner Trend hat sich die Situation in Leverkusen jeher verschlechtert als verbessert.

Das Gegenteil von dem, was uns Leverkusener Innenminister Wolff versprach, ist eingetreten.

Alternatives Konzept - Unsere Forderungen

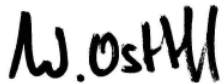
Die **Freie Wähler OWG-UWG** in Leverkusen nehmen sich der beschriebenen Situation an und führen die Arbeit des Aktionsbündnisses für die Polizei Leverkusen fort:

- Die seinerzeit erarbeiteten alternativen Konzepte sind heute aktueller denn je: Sie zeigen auf, wie auch ohne eine Zusammenlegung der Polizei Leverkusen und Köln die vom Innenminister verlangten „Synergieeffekte“ zur Freisetzung zusätzlichen operativen Personals erreicht werden könnten.
- Wir fordern die heutige Landesregierung und alle Landtagsparteien auf, endlich eine Polizeigebietsreform durchzuführen, die ausgewogen ist und die wirklich zur Verbesserung der jeweiligen Situation vor Ort beiträgt. Aus Leverkusener Sicht fordern wir eine Behördenstruktur, die die Leverkusener Belange wieder voll berücksichtigt und dem Bürger seine bürgernahe und ansprechbare Polizei bietet.
- Fest stand und steht, dass ein Polizeipräsidium Leverkusen mit ausschließlicher Zuständigkeit für das Stadtgebiet Leverkusen aus fachlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß ist. Eine Zusammenlegung von Dienststellen und Behördenbereichen war und ist sinnvoll. Fest steht aber auch: Ein Mittelzentrum wie Leverkusen, das an die ländlich strukturierten Bereiche des bergischen Landes grenzt, braucht aber eine völlig andere polizeiliche Infrastruktur wie die Millionenstadt Köln.
- Der Zuständigkeitsbereich einer eigenständig arbeitenden örtlichen Polizei sollte eine bestimmte Größe in Bezug auf Einwohnerzahl und Fläche nicht übersteigen. Die Bürger wollen und sollten auch genau wissen, wo die für sie zuständige Polizeidienststelle zu finden ist; sie sollten dort polizeilich rundumversorgt werden. Es kann nicht angehen, dass je nach Vorfall und Anlass die Bürger wie heute zwischen Leverkusen und verschiedenen Kölner Anlaufpunkten hin und her geschickt werden.
- Für Leverkusen wird angestrebt, Teil einer eigenständigen „rechtsrheinischen Polizeibehörde“ ohne Köln unter Einbezug der heutigen Behörden Rhein/Berg und Oberberg zu werden. Durch eine geschickte, die große Fläche des Behördenbereiches berücksichtigende Verteilung der Dienststellen in Form von weitestgehend eigenständigen Direktionen und Inspektionen wird erreicht, dass die

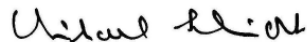
Bürger in Gummersbach, Bergisch Gladbach und in Leverkusen vor Ort eine komplette, eigenständig arbeitende und vor allem mit örtlich kundigen Beamten besetzte Polizeidienststelle vorfinden; in über 90 Prozent aller denkbaren Fälle müssen sie nicht an eine zentrale Dienststelle verwiesen werden. Der Unterschied zu vorher wäre nur, dass es nicht mehr drei Verwaltungen und Behördenchefs gäbe, sondern eine. Dies würde tatsächlich zur Freisetzung zusätzlicher operativer Polizeibeamten auf der Straße führen.

Stand: 26.01. 2010

Freie Wähler OWG – UWG



Winfried Osthoff
(Fraktionsgeschäftsführer)



Michael Schmidt
(Pressesprecher)